



Deutsch- nationale in Österreich

eine Serie von Manfred Scheuch in 13. Teilen

Wie deutscher Nationalismus in österreichische Köpfe kam

Volksanwalt Ewald Stadler und andere FPÖ-Politiker sorgen mit Aussagen zur österreichischen Geschichte immer wieder für Wirbel, obwohl ihre Partei längst erkannt hat, dass mit Deutschnationalismus kaum noch Wähler zu gewinnen sind. Ursachen und Folgen dieser Ideologie beschreibt eine Serie von Manfred Scheuch.

Das Wort „deutschnational“ im Zusammenhang mit Österreich stellt jüngere Staatsbürger, die in die Selbstverständlichkeit der österreichischen Nation hineingewachsen sind, vor ein Rätsel. Dennoch hat dieser Begriff eine lange und verhängnisvolle Geschichte.

Und es ist bezeichnend, dass man in Österreich auch noch nach dem Hitlerkrieg und dem Wiedererstehen der unabhängigen Republik von „Nationalen“ gesprochen hat, wenn man Deutschnationale gemeint hat, während dieses Wort auf niemanden anwendbar ist, der sich als überzeugter Österreicher fühlt.

Der Deutschnationalismus ist ein vielschichtiges und schwieriges Kapitel der österreichischen Ideengeschichte und ihrer Wechselwirkungen zur Politik. Das gilt übrigens auch für Deutschland. Während sich Menschen in anderen Ländern eines stolzen Nationalbewusstseins erfreuen können, das die Schatten, die es auch da gibt, als vernachlässigenswert beiseiteschiebt, erlaubt die Geschichte der vergangenen hundert Jahre dem Deutschnationalismus einen solchen Gnadenakt nicht.

Ein gebrochenes Verhältnis zur eigenen Geschichte lässt sich aber nicht durch deren Ignorieren überspielen, auch nicht durch die in die

Zukunft weisende Europäisierung. Das geschichtliche Erbe bestimmt auch gegenwärtiges politisches Handeln. Wir müssen mit unserer Geschichte leben – umso wichtiger ist es, sie auch zu kennen.

Eine Wurzel des Deutschnationalismus in Österreich liegt in der zwischen West- und Mitteleuropa unterschiedlichen Entwicklung des Nationalbegriffs. Weder das Heilige Römische Reich, wenn auch seit dem 15. Jahrhundert mit dem Zusatz „deutscher Nation“ versehen, noch – nach dessen Ende – die Metternichsche Konstruktion des Deutschen Bundes konnten ihren Bewohnern das Gefühl einer gemeinsamen staatlichen Zusammengehörigkeit geben.

Sie waren die Untertanen der Fürsten, die über sie herrschten, und als solche Angehörige souveräner Staaten, von den Hauptmächten Österreich und Preußen (die über die Reichsgrenzen hinausgewachsen waren) bis zu den Duodezländerchen etwa im heutigen Thüringen. Was die Deutschen spätestens seit der Reformations einte – die sie in anderer Weise zutiefst spaltete – war die gemeinsame Schriftsprache. Sie wurde von kirchlichen und fürstlichen Institutionen benützt, aber auch in der schönen und der fallweise auftretenden agitatorischen Literatur.

Letzteres führte dazu, dass frühe nationale Aufwallungen, etwa in den Klagen über den machtlosen, „einem Monstrum ähnlichen Staatskörper“ (Pufendorf), als den der Dreißigjährige Krieg unter dem Diktat Frankreichs und Schwedens das Reich hinterlassen hatte, oder in der Wut über die Aggressionen Ludwigs XIV. zum Ausdruck kamen. Aber das waren nur gelegentliche Anflüge nationalen Zusammenhalts. Weiterhin überwogen die Kriege, in denen deutsche Staaten, meist im Bündnis mit nicht deutschen Mächten, die Kaisermacht des „Hauses Österreich“ angriffen.

Der deutschen Vielfalt souveräner Staaten stand der vom königlichen



Absolutismus geprägte Einheitsstaat Frankreich gegenüber, dem die Eliten, das Schulsystem und schließlich, nach der Revolution, jakobinische Zwangsmaßnahmen auch die einheitliche Sprache verpassten (um 1700 sprach noch etwa die Hälfte der Landbevölkerung Frankreichs nicht Französisch als Muttersprache).

Die „volonté générale“ (Rousseau) als allgemeine Zustimmung zu einer staatlichen Gemeinschaft, wurde zur Volkssouveränität. Im deutschspra-

chigen Raum verlief die Entwicklung umgekehrt: Zuerst war die gemeinsame Sprache da, dann, erst spät, erfolgte die Nationsbildung. Das trug dazu bei, dass Herder, Fichte und die Romantiker das „Volk“ über die Nation stellten. Von ihren Theorien ausgehend, wurde die ethnische Zugehörigkeit auch für das Nationalbewusstsein und die Staatsbildung in Italien, im östlichen Mitteleuropa und am Balkan ausschlaggebend.

Unabhängig von Staats- und Landesgrenzen wurde die deutsche Sprache als das Element der Zugehörigkeit zu den Deutschen angesehen, was in den Einigungsbestrebungen der Revolutionäre von 1848 – auch und gerade in Wien – zum Ausdruck kam. Der Hinauswurf Österreichs aus den deutschen Belangen durch Bismarck hatte bei den deutschsprachigen Österreichern, die allesamt (und einschließlich der Juden) in den Nationalitätenkatastern der Monarchie als Deutsche geführt wurden und sich als solche fühlten, politische Auswirkungen.

Das Bekenntnis zum Deutschtum blieb bei den Liberalen lebendig, doch im einsetzenden Nationalitätenstreit ging die Entwicklung weg von der „großdeutschen“ 1848er-Linken (deren Traditionen die Sozialdemokratie übernahm) zu zunehmend chauvinistischen, antihabsburgischen deutschnationalen Parteien. Beim Zerfall der Doppelmonarchie sah die junge Republik, sahen vor allem Sozialdemokraten und Deutschnationale, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, im geforderten Anschluss an Deutschland den Nachvollzug der schon 1848 angepeilten „großdeutschen“ Lösung.

Dies wurde von den Weltkriegssiegern verhindert, aber Österreich sah sich in seiner Selbsteinschätzung als „zweiter deutscher Staat“. Die weite Streuung von Millionen Deutschsprachigen in den Nachfolgestaaten insbesondere der habsburgischen, aber auch der russischen Monarchie führte im Nationalsozialismus schließlich zur Einführung des Begriffs „Volksdeutsche“ für alle Deutschsprachigen außerhalb Deutschlands und Österreichs.

Gespaltene Loyalität

Sehr rasch zeigte das Hitlerregime, in welcher Weise es diese Vereinbarheit brutal zu nützen gedachte: Für Grenzrevisionen wie gegenüber der Tschechoslowakei durch das Münchener Abkommen im Herbst 1938, für Umsiedlungen „heim ins Reich“ wie aus Südtirol und dem Stalin vorerst überlassenen Baltikum und für die durch nationalistische Agitation von den Volksdeutschen geforderte größere Loyalität dem Reich gegenüber als dem Staat, in dem sie wohnten. Daraus entsprang die Tragödie der Vertreibungen, deren Nachwirkungen jetzt zum politischen Spielmaterial bei der Osterweiterung zu werden drohen.

Während das ethnische Abstammungsprinzip in der Bundesrepublik noch weiter gültig blieb und dabei half, die Auswanderung Deutschsprachiger aus den kommunistischen Diktaturen zu ermöglichen, hat sich Österreich zum Bekenntnis als Staatsnation durchgerungen. Aber noch sind, wie sich zeigt, Restbestände des Deutschnationalismus aufzuarbeiten.

Morgen: Die großdeutsche Linke 1848

1848: Das Geburtsjahr des Nationalgefühls

Es waren politisch linke Kräfte, die im Revolutionsjahr 1848 den ersten deutschen Nationalstaat schaffen wollten, schreibt Manfred Scheuch in seiner Serie über die Wurzeln deutschnationaler Ideen.

Die Revolution des Jahres 1848 schien den gemeinsamen Staat aller – unter einer Vielzahl von Herrschern lebenden – Deutschen in greifbare Nähe zu rücken. Zwar würde es keine Republik sein, wie es die extreme Linke der damaligen Zeit wünschte, aber der breite Strom der liberalen und der linken Kräfte sah sich durch die gesamtdeutschen Wahlen in allen Staaten des Deutschen Bundes für die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche bestätigt.

Auch die deutschen Österreicher hatten mitgewählt, nur die Tschechen Böhmens, das ja, seit fast einem Jahrtausend auch Teil des alten Heiligen Römischen Reiches, innerhalb der Grenzen des Deutschen Bundes lag, waren nicht zur Entsendung von Abgeordneten nach Frankfurt bereit.

Für die Linke war die Einbeziehung Österreichs selbstverständlich. Die konservative Rechte hingegen, grundsätzlich für die Erhal-

tung der Fürstenstaaten und ihrer Privilegien und für eine bloß reformierte föderative Lösung, setzte auf Preußen.

Verfassungsmäßig schuf die Paulskirchenversammlung den ersten deutschen Nationalstaat, mit einem Staatsoberhaupt, einer Regierung und einem Parlament (von den Vereinigten Staaten war er sogar anerkannt worden). Die Österreicher hatten darin zunächst das Übergewicht, das Schwarz-Rot-Gold des neuen Deutschland war ja auch die Farbe der Revolutionäre in Wien gewesen, dort wehten überall die Reichsfahnen, selbst die Frauen trugen sie als Kokarden.

Zum provisorischen Staatsoberhaupt wurde als „Reichsverweser“ Erzherzog Johann gewählt, der, liberalen Ideen offen, als Feind Metternichs von der Dynastie kaltgestellt worden war. In der Reichsregierung waren die Österreicher mit Max von Schmerling an der Spitze stark vertreten. Doch es fehlte diesem virtuellen Staat die

Machtgrundlage, vor allem die Armee.

Der Reichsverweser musste die Preußen zu Hilfe rufen, um den Anspruch auf die Einbeziehung Schlesiens durchzusetzen. Als dies infolge der Internationalisierung des Konflikts scheiterte, kam es in Frankfurt zu einem Aufruhr der Linken, der zugleich von nationalem und sozialem Protest getragen war. Johann musste preussische und österreichische Truppen um Hilfe bitten. Im Oktober 1848 wurde in Wien die Revolution blutig niedergeschlagen.



Der neue Kaiser Franz Joseph und sein Minister Schwarzenberg wollten die multinationale Monarchie mit Rückkehr zum Absolutismus erhalten, ihre Vision war die Verbindung mit Deutschland zu einem (damals) 70-Millionen-Reich unter Habsburgs Führung. Im dahindümpelnden Frankfurter Parlament gewannen

jene Kräfte die Oberhand, die sich mit einer „kleindeutschen“ Lösung in Anlehnung an Preußen begnügen wollten. Der preussische König, mit knapper Mehrheit zum Kaiser gewählt, lehnte die Krone als „mit dem Ludergeruch der Revolution behaftet“ ab.

Unerfüllte Sehnsucht

Die Geburt des deutschen Nationalstaates war verschoben – obwohl die wirtschaftliche Entwicklung und daher die liberalen Kräfte des Bürgertums dazu ebenso drängten wie das von der Revolution geweckte, auch von den Hoffnungen der rechtlosen Volksschichten getragene neue Nationalgefühl.

Die Mythisierung der gescheiterten 48er-Revolution ließ die großdeutschen Sehnsüchte gerade in Österreich weiterleben: nicht nur bei den sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausbildenden deutschnationalen Parteien, sondern auch in der Sozialdemokratie, die die mit gesamtdeutschen Vorstellungen verknüpfte revolutionäre Tradition von 1848 auch noch in der Ersten Republik bewusst pflegte.

Lesen Sie am Montag: Die Liberalen werden zu Deutschnationalen, aus links wird rechts.

Bruch mit liberaler Toleranz

Wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus den Liberalen von 1848 Deutschnationale und aus politisch Linken Rechte wurden, beschreibt Manfred Scheuch in seiner Serie über die Grundlagen dieser Geisteshaltung.

Die gewaltsame Verdrängung Österreichs aus Deutschland durch Bismarck, die „kleindeutsche“ Lösung bei der Bildung des deutschen Nationalstaates, brachte keine grundlegende Änderung des nationalen Selbstverständnisses der Deutschsprachigen im Habsburgerstaat.

„Österreicher“ durften sich alle nennen, die im „zisleithanischen“ Teil des nun zur Doppelmonarchie gewordenen Reiches lebten. Österreicher zu sein war ein staatsbürgerlicher, kein ethnischer Begriff. Die Volkszählung kannte deutsche, tschechische, polnische, ruthenische, slowenische, kroatische und italienische Österreicher. Das deutschbewusste Bürgertum, zu dem sich auch das jüdische Bürgertum bekannte, vertreten durch die liberale Verfassungspartei, beanspruchte bis in die Siebzigerjahre die Leitung im Staat. Die Liberalen und ihre „Judenpresse“ wurden von den mit der katholischen Kirche eng verbundenen, patriotisch-habsburgischen Konservativen heftig angegriffen.

Die große Wirtschaftskrise von 1873 brachte jedoch den Liberalismus in Misskredit. Die Forderungen der nicht deutschen Nationalitäten führten zur Spaltung der Deutsch-Liberalen: Eine jüngere Generation setzte auf eine kompromisslose deutsche Politik.

Das machtvolle Deutsche Reich, in dessen Abhängigkeit Österreich-Ungarn durch seine Bündnispolitik und durch die Wirtschafts-

kraft des Nachbarn zunehmend geriet, übte auf sie große Anziehungskraft aus. Im sich verschärfenden Nationalitätenkampf ging es ihnen vorweg darum, die deutsche Mehrheit im Staat (durch Abtrennung des polnisch-ukrainischen Galizien) und vor allem die Zugehörigkeit Böhmens und Mährens zu diesem zu sichern.

Im Parlament sonderte sich ein „Fortschrittsklub“ von den Altliberalen ab. Dem Waldviertler Abgeordneten Georg Ritter von Schönerer war auch dieser



noch zu zahn, und er gründete seine eigene Partei. Auch Männer jüdischer Herkunft wie Heinrich Friedjung und Victor Adler hatten den Eindruck, dass hier ein progressiver Weg aus der Versteinerung der Monarchie eingeschlagen würde. Zusammen mit dem (später ebenfalls zur Sozialdemokratie stoßenden) Engelbert Pernerstorfer arbeiteten sie Schönerers „Linzer Programm“ aus.

Es verlangte u. a. die Beschränkung Österreichs auf jene Kronländer, die vordem dem Deutschen Bund angehört hatten und dort die Einführung von Deutsch als Staatssprache (also auch in

Böhmen), die schrittweise Erweiterung des Wahlrechts, eine von konfessioneller Bevormundung befreite Volksschule, eine progressive Einkommens- und eine Luxussteuer, Verstaatlichung der Eisenbahnen und eine Zollunion mit dem Deutschen Reich.

Antisemit Schönerer

Bald freilich mussten Adler und seine Freunde erkennen, mit wem sie sich eingelassen hatten. 1882, bei der Gründung des „Deutschnationalen Vereins“, wurde schon der Ausschluss der Juden aus dem Verein beantragt, und 1885 wurde dem „Linzer Programm“ ein zwölfter Punkt hinzugefügt: „Zur Durchführung der angestrebten Reformen ist es unerlässlich, den jüdischen Einfluss auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu beseitigen.“

Schönerer ging auf antisemitischen Kurs, er zerkrachte sich bald mit anderen deutschnationalen Gruppierungen, wurde Vorkämpfer der antikatholischen „Los-von-Rom-Bewegung“, gründete eine neue, „Alldeutsche Vereinigung“ und sprach sich schließlich für die staatliche Verbindung Österreichs mit dem Hohenzollernreich aus.

Er konnte weder eine Massenbewegung auf die Beine stellen noch besondere Wahlerfolge erzielen; seine Zeitung „Unverfälschte deutsche Worte“ erschien in einer Auflage von maximal 1700 Stück. Seine Radaupolitik brachte ihn um den Adelstitel und zeitweise ins Gefängnis. Doch mit Schönerer hatte der Antisemitismus in die deutschnationale Bewegung Eingang gefunden, der Bruch mit liberaler Toleranz war perfekt.

Lesen Sie morgen: Verschärfung des Antisemitismus

Die Nationalisten werden rassistisch

Wie sich religiöser und wirtschaftlicher Antisemitismus in der deutschnationalen Bewegung zum rassistischen Judenhass verschärfte, beschreibt Manfred Scheuch in der heutigen Folge seiner Serie.

Der politische Antisemitismus in Deutschland und Österreich war ursprünglich eine Waffe der Konservativen im Kampf gegen den Liberalismus. Schon 1848 empörte sich die Konterrevolution über die „Wühlerei“ jüdischer Journalisten und Revolutionäre.

Nicht zufällig standen kirchliche Repräsentanten, besorgt um die Verbindung zwischen Thron und Altar – in Deutschland voran der Hofprediger Pastor Adolf Stoecker, in Österreich etliche katholische Pfarrer und Kapläne –, an vorderster Front der Feinde der Juden.

Zu den alten Vorurteilen des religiösen trat der wirtschaftliche Antisemitismus, der die Schuld an den Auswüchsen des Frühkapitalismus und an seinen Krisen dem jüdischen Bankkapital zuschob und Anklang bei all denen fand, die sich in Berufen wie Bankiers, Rechtsanwälten oder Ärzten einer infolge der liberalen Emanzipationsgesetze rasch aufsteigenden jüdischen Konkur-

renz gegenüber sahen. Hinzu traten die kleinbürgerlichen Handels- und Gewerbetreibenden und die Bauern, die die Hofverschuldung (eine Kehrseite der Bauernbefreiung durch die Grundablöse) den jüdischen Geldverleihern zuschoben.

In Deutschland trat sogar eine eigene Antisemitenpartei auf und bekam in den späten Neunzigerjahren Mandate im Reichstag, in Österreich übernahm sehr bald Karl Luegers Christlichsoziale Partei die antisemitische Agitation. Erst als Lueger nach langer Weigerung des Kaisers endlich Wiener Bürgermeister war, bekannte er in vertraulichem Gespräch: „Ja, wissen S', der Antisemitismus is a sehr gutes Agitationsmittel, um in der Politik hinaufzukommen; wenn man aber amal oben ist, kann man ihn nimmer brauchen; denn dös is a Pöbelsport.“

Für die Deutschnationalen war der antikapitalistische Touch des Antisemitismus, mit dem ein Lueger die „Modernisierungsverlierer“ von

damals gewann, ebenso wenig attraktiv wie die alten religiösen Vorurteile gegen die Juden. Ihre Deutschtümelei, ihre Verehrung für das „echte“ Volkstum und ihre Inanspruchnahme der Germanen als Stammväter der Deutschen ließen sie eine neue, und wie sich herausstellen sollte, bösartigste Form der Judenfeindschaft aufgreifen: den Rassenantisemitismus.

Pseudowissenschaftliche Theorien wie die des französischen Grafen Joseph Ar-

rassistisch umgedeutet und den Semiten, womit in erster Linie die Juden gemeint waren, entgegengesetzt. „Die Religion ist einerlei, die Rasse ist die Schweinerei“, lautete der Kampfruf extremistischer Deutschnationaler.

Im k. u. k. Rechtsstaat konnte das zunächst nur die Auswirkung haben, dass Vereine wie die studentischen Burschenschaften, der Deutsche Turnbund und schließlich auch der Alpenverein Juden als Mitglieder ausschlossen.

Wie der Antisemitismus in subtiler Weise auch akademische Kreise zu durchdringen begann, zeigte etwa der Dramatiker Arthur Schnitzler in seinem Stück „Professor Bernhadi“.

In der „Dolchstoßlegende“, die die Niederlage im Ersten Weltkrieg jüdischen Verrätern zuschob, der Angst vor dem „jüdischen Bolschewismus“, dem Hass gegen die „verjudete“ Sozialdemokratie und den Vorwürfen der Zersetzung von Kultur und Sexualmoral fanden sich Christlichsoziale und Großdeutsche in der Ersten Republik häufig, auch wenn die Anschlussfreundlichkeit der Erstgenannten sich in Grenzen hielt.

Lesen Sie morgen: Der verhin-derte Anschluss 1918



thur Gobineau von der unterschiedlichen Wertigkeit der Rassen und jene des Engländer's Houston Stewart Chamberlain, der in der rassistischen Vermischung der germanischen Eliten den Untergang der abendländischen Kultur heraufziehen sah, wurden popularisiert und flossen in die Programme deutschnationaler Gruppierungen ein.

Der (sprachwissenschaftliche) Begriff „Arier“ wurde

Der verhinderte Anschluss von 1918

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie betrachteten rechte und linke Politiker „Deutschösterreich“ als Teil der deutschen Republik, schreibt Manfred Scheuch im heutigen Teil seiner Zeitgeschichte-Serie.

Für die Abgeordneten aller Parteien aus den deutschsprachigen Gebieten Österreichs (also auch aus dem noch ungeteilten Tirol sowie aus den deutschsprachigen Randgebieten Böhmens, Mährens und Schlesiens), die am 22. Oktober 1918 im Parlament in Wien zusammentraten, bestand für ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk kein Zweifel.

Aufruf zum Volksstaat

Der Sozialdemokrat Victor Adler rief die Nachbarvölker (vergeblich) auf, mit dem „Volksstaat“ Deutschösterreich einen freien mitteleuropäischen Völkerbund zu bilden, andernfalls sich die Republik als Sonderbundesstaat dem Deutschen Reich anschließen werde. Am 12. November 1918 wurde die demokratische Republik Deutschösterreich ausgerufen; der Artikel 2 des dabei verlesenen Verfassungsentwurfs lautete: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.“

Die Linke in der Sozialdemokratie mit Otto Bauer an

der Spitze hatte bereits seit dem 13. Oktober mit einer Artikelserie in der *Arbeiter-Zeitung* den Anschlussgedanken auf die Tagesordnung gesetzt. Bauer selbst hat die Motive dafür dargestellt: Es sollte damit bürgerlichen Wünschen, eine konstitutionelle Monarchie zu bilden, entgegengetreten, die Deutschen in Böhmen und Mähren (wo die Sozialdemokraten starke Positionen hatten) vor der tschechischen Herrschaft bewahrt, dem Selbstbestimmungsrecht Genüge getan und, „den Gedanken der Republik mit dem der deutschen Einheit vermählend, an die Überlieferung der Demokratie von 1848“ angeknüpft werden.

Die Vereinigung mit Deutschland war – aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen – auch das Ziel der Deutschnationalen, auch sie waren in den Sudetengebieten stark vertreten. Die noch immer den Habsburgern nachhängenden Christlichsozialen waren zurückhaltender, aber schließlich stimmten alle drei Par-

teien dafür. Die Siegermächte, allen voran Frankreich, dachten nicht daran, das besiegte Deutschland durch einen Anschluss Österreichs zu stärken, und sie überließen die drei Millionen Sudentendeutschen ohne Abstimmung dem neuen tschechoslowakischen Staat. Auch Südtirol zwischen Brenner und Salurner Klause wurde ohne Befragung seiner Bewohner abgetrennt. Die Republik musste im Friedensvertrag von Saint-Germain die ungeliebte, ja gefürchtete kleinstaatliche

fung Adolf Hitlers blieb der „Anschluss an die deutsche Republik mit friedlichen Mitteln“ programmatisches Ziel, und die *Arbeiter-Zeitung* nannte sich bis zu ihrem Verbot im Jahre 1934 „Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs“.

„Gesamtdeutsch“

Nach dem März 1938 hoffte Otto Bauer auf eine „gesamtdeutsche Revolution“, und noch Bruno Kreisky, der „alten Partei“ verbunden, bestand darauf, den 1918 deklarierten Anschluss streng von dem nur unter Anführungszeichen zu nennenden „Anschluss“ von 1938 zu unterscheiden.

Mitunter wird in zeitgeschichtlichen Diskussionen den Sozialdemokraten ihre Haltung zum Anschluss polemisch vorgehalten. Demgegenüber lässt sich umgekehrt argumentieren, dass damals nicht nur ein Ausweg aus einer Situation der Ratlosigkeit gesucht wurde, sondern dass mit der Geltung des vom damaligen US-Präsidenten Woodrow Wilson verkündeten Selbstbestimmungsrechtes auch für die Unterlegenen und dem Verzicht auf deren Demütigung Europa möglicherweise der ganze Horror der Hitlerei erspart geblieben wäre.

Lesen Sie morgen: Der „zweite deutsche Staat“



Selbstständigkeit akzeptieren und den alten Namen, an dem auch die Kriegsschuld haftete, beibehalten.

Als die Koalition 1920 zerbrach und die Christlichsozialen die Regierung übernahmen, wurde der Anschlusswunsch auf Sparflamme geschaltet, um die westlichen Kreditgeber nicht zu vergrämen.

Die Sozialdemokratie versagte sich diesen Opportunismus. Bis zur Machtergrei-

Der „zweite deutsche Staat“

In der Zeit zwischen den Weltkriegen standen sich in Österreich Rechte und Linke feindlich gegenüber. Ein Großteil der Deutschnationalen schloss sich den Nationalsozialisten an, schreibt Manfred Scheuch in seiner Serie.

Das Ende der sozialdemokratisch-christlichsozialen Koalition unter Karl Renner im Juni 1920 leitete die folgenschwere Polarisierung zwischen den „Lagern“ in Österreich ein. Die bürgerlichen Parteien standen in Konfrontation mit der fortan oppositionellen Sozialdemokratie, die Christlichsozialen und Großdeutschen regierten 1921–32 gemeinsam, bildeten 1927 als „Bürgerblock“ gar eine Einheitsliste. Zeitweise waren auch der ebenfalls großdeutsche Landbund, eine antiklerikale Bauernpartei, und die offen faschistische, von Mussolini unterstützte Heimwehr Koalitionspartner.

Die deutschnationale Gruppierung, durch den Abgang der Sudetenvertreter geschwächt, nannte sich 1920 Großdeutsche Volkspartei. Es war eine bürgerliche Honoratiorenpartei mit einem hohen Anteil an Beamten, Lehrern und Universitätsprofessoren. Sie berief sich auf josephinische und 1848er-Traditionen. Ihre verwaschene Ideologie entsprang einem Kompromiss der in deutschnationalen Zirkeln vertretenen Ansichten: Sie war antimarxistisch, aber auch gegen Klerikalismus, war antisemitisch und zeigte gleichzeitig Reste liberaler Züge; über allem stand der Wunsch nach Vereinigung mit Deutschland, der Weimarer Republik.

Das Reservoir ihrer Eliten waren die studentischen

schlagenden Verbindungen. Schon in der Monarchie gegründete Vereinigungen wie der Deutsche Schulverein und der Deutsche Turnerbund waren Vorfeldorganisationen; auch der „Deutsche und österreichische Alpenverein“, der mit einem Arierparagrafen Juden ausschloss, stand ihnen nahe. Zeitweise stellten sie mit Wiens Polizeipräsidenten Johann Schober (dem unmittelbar Verantwortlichen für das Justizpalast-Massaker 1927) sogar den Bundes-



kanzler bzw. Außenminister. Sein Versuch, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise durch eine Zollunion mit Deutschland zu mildern, scheiterte am Einspruch Frankreichs (1931).

Im Elend nach dem Ersten Weltkrieg und dann in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit konnte der „Staat, den keiner wollte“, kaum patriotische Gefühle aufkommen lassen. Als der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß Schritt für Schritt den Boden der Demokratie bis zu deren Zerstörung verließ, versuchte er, mit seiner Einheitspartei „Vaterländische Front“ ei-

nen österreichischen Patriotismus zu wecken.

Der Versuch war zum Scheitern verurteilt, weil weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung ins politische Abseits gestoßen worden war. Die politischen Köpfe der Sozialdemokratie saßen im Exil oder im Anhaltelager Wöllersdorf, die Deutschnationalen fanden sich, wie die letzten Regionalwahlen vor 1934 zeigten, größtenteils in der seit Hitlers Machtergreifung im Aufschwung befindlichen, nun ebenfalls illegalen Nazi-Partei wieder.

Der austrofaschistische Patriotismus hatte nicht nur das Handicap, dass er autoritär verordnet wurde. Seine Österreich-Verherrlichung war rückwärts gewandt, die Habsburger-Verklärung erlaubte (vom Ausland kritisch betrachtete) Gedankenspiele mit einer Restauration der Monarchie. Die politisierende Kirche als Stütze des Regimes übte mit Gewissenszwang ihr nicht zukommende Macht aus.

Der Ständestaat hielt an der Konzeption Österreichs als „zweiter deutscher Staat“, antipreußisch und im Hinblick auf Hitler als der bessere, fest. Österreich sei – angesichts des Nationalsozialismus – das letzte Bollwerk des deutschen Geistes.

Im Lied über den von den Nazis ermordeten Dollfuß hieß es: „Er gab für Österreich sein Blut, ein wahrer deutscher Mann.“ Sein Nachfolger Kurt Schuschnigg verabschiedete sich, als 1938 Hitlers Truppen anrollten, von den Österreichern im Radio mit der Weigerung, „deutsches Blut“ zu vergießen, und „mit einem deutschen Wort“.

Lesen Sie morgen: Deutschnationaler Weg ins Verhängnis

Deutschnationaler Weg ins Verhängnis

Wie die von fast allen Gesellschaftssektoren ausgehende deutschnationale Prägung der Österreicher bei der Abstimmung 1938 zu einem Votum für die „Wiedervereinigung“ führte, beschreibt Manfred Scheuch.

Im Weltbild Adolf Hitlers kulminierte, was sich an der Wende zum 20. Jahrhundert in der Habsburgermonarchie an Nationalitätshass zusammengebraut hatte. Das deutschsprachige Bürgertum sah seine Vorrangstellung durch die slawische Mehrheit bedroht, den „Dienstbotenvölkern“ wurde „germanische“ Überlegenheit entgegengehalten. Der deutsche Nationalstaat, für den der großsprecherische Kaiser Wilhelm II. Weltgeltung verlangte, wurde für den deutschnationalen Vorbild.

Antisemitismus und Slawenverachtung gingen in für skurril gehaltene Theorien eines weltweiten „Rassenkampfes“ ein, wie sie der verhinderte Maler Hitler in Wien in den „Ostara“-Heften des entlaufenen Mönches Lanz „von Liebenfels“ (er war kein Adelige) lesen konnte. Der Beginn des Ersten Weltkrieges war von Hassorgien (auch namhafter Literaten) gegen die Feinde und von deutschnationalen Ausbrüchen selbst sozialdemokratischer Journalisten begleitet.

Hitlers konsequenter Weg führte von der Flucht vor der k.u.k. Rekrutierung zur begeisterten Freiwilligenmeldung in die deutsche Reichs-

Niederlage maßlos enttäuschten Gefreiten reifte die Vorstellung einer gewaltsamen Revision; eine verhängnisvolle Entwicklung ließ ihn zur Vollstreckung antreten. „Der Nationalsozialismus ist jene Bewegung, die das preußische Schwert der österreichischen Narretei zur Verfügung gestellt hat“,



beschrieb der Soziologe August M. Knoll diese Verbindung, die es als keinen Zufall erscheinen lässt, dass es ein Mann aus Österreich war, dessen verbrecherischer Wahn millionenfachen Tod über ganz Europa brachte.

Nachdem der Westen den Vertragsbruch der Rheinlandbesetzung hingenommen hatte, wurde Österreich Hitlers nächstes Aggressionsziel. Die Ständestaat-Regierung hatte sich mit der gewaltsamen Ausschaltung der Sozialdemokraten im Februar 1934 die potenziellen Bundesgenossen gegen Hit-

gemacht und sich damit auch der Sympathien der westlichen Demokratien beraubt.

Die österreichischen Nazis suchten mit Terrorakten und dann mit dem Putschversuch vom Juli 1934, dem Kanzler Engelbert Dollfuß zum Opfer fiel, die Regierung zu Fall zu bringen. Aber als infolge von Mussolinis Abessinienabenteuer der italienische Schutzherr wegfiel, begann sich das Regime mit Berlin zu arrangieren. Die Massenarbeitslosigkeit trug stark dazu bei, dass die Agitation der illegalen NSDAP und die deutsche Propaganda bei vielen Menschen auf fruchtbaren Boden fiel.

Die illegale SA bekam Zuwachs aus Schichten, die keineswegs nur dem deutschnationalen Sockel der Burschenschaften und rechtsextrem-demokratiefeindlicher Gruppen angehört hatten. Die Exzesse von Demütigung, Raub und Gewalt, die die Juden in Wien und anderen Städten im März 1938 erdulden mussten, zeigten, welche niederen Instinkten der Nationalsozialismus – jenseits allen Deutschnationalismus – freien Raum ließ.

Die Österreicher, die bis dahin von den Bekundungen aller gesellschaftlich relevanten Gruppierungen nichts anderes gehört hatten, als dass sie Deutsche seien, wurden gefragt, ob sie für die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ und für Adolf Hitler waren; das „Ja“ konnte also

den. Um ganz sicherzugehen, arbeitete nicht nur die Nazipropaganda auf Hochtouren; auch waren die 200.000 Juden und dazu 177.000 „Mischlinge“ von der Abstimmung ausgeschlossen und 70.000 vermutete Nazigeegner bereits vorsorglich inhaftiert worden.

Die Wähler folgten prominenten Befürwortern des „Ja“: den österreichischen Bischöfen mit Kardinal Innitzer an der Spitze und dem Sozialdemokraten Karl Renner, der in einem Zeitungsinterview sagte: „Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, errungen, ist der Anschluss nun vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und diese betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigungen von 1918.“

Fast 100 Prozent

Das 99,73-Prozent-Ergebnis war sicherlich fallweise auch Ergebnis des Drucks, der insbesondere in kleinen Orten für eine „offene Abstimmung“ ausgeübt wurde, aber zu einem viel beträchtlicheren Teil Folge der deutschnationalen Prägung, die die Menschen in den Jahren der Republik – über die Parteigrenzen hinaus – erfahren hatten. Oder, noch einfacher, wie es ein Arbeiter „danach“ ausdrückte: „Wir waren überzeugt, schlechter kann's nimmer kommen.“ Was sich freilich bald als verhängnisvoller Irrtum herausstellen sollte.

Lesen Sie morgen: „Die Liebe

„Die Liebe zu Deutschland ausgetrieben“

Wie negative Erfahrungen mit den NS-Funktionären aus dem „Altreich“ die nach dem Anschluss von 1938 in der „Ostmark“ Lebenden ernüchterten, beschreibt Manfred Scheuch in der heutigen Folge seiner Zeitgeschichteserie.

Erst mit der Vereinigung Österreichs mit dem bösesten Deutschland, das es je gab, begann den vielen, die sich bis dahin als Angehörige des deutschen Volkes gefühlt hatten, zu dämmern, dass es da Unterschiede gab, die sich nicht bloß aus Dialekt und Volksbrauch und auch nicht nur aus der nationalsozialistischen Herrschaft ableiten ließen.

Die Ernüchterung begann schon damit, dass der Schilling zum Kurs von 1,50 gegen eine Reichsmark umgetauscht wurde, was den Ankömmlingen aus dem „Altreich“ ermöglichte, Dinge günstig zu erwerben, die draußen längst Mangelware waren. Der sofort einsetzende Gestapo-Terror, zunächst in erster Linie gegen Funktionäre des „Systems“ und Juden, bald aber auch gegen andere politisch „Unzuverlässige“ gerichtet, beunruhigte und machte „Dachau“ zu

einem geflüsterten, gefürchteten Ort.

Viele alte Nazis waren verärgert darüber, dass nicht sie, sondern Leute aus dem Reich an die Kommandostellen gesetzt wurden – bis hinauf zum Eintagsbundeskanzler Arthur Seyß-Inquart, der dem Saarländer Josef Bürckel als Reichskommissar für die Eingliederung der „Ostmark“ Platz machen musste. Die Arroganz der landfremden neuen Herren ließ die Deutschen „von draußen“ bald zu ungeliebten „Piefkes“ werden.

Als sich bewahrheitete, was denkende Nazigegner immer gesagt hatten – Hitler, das ist der Krieg –, wurde vielen erst klar, wofür die ersehnte Arbeit, die sie endlich wieder bekommen hatten, die Arbeit, für die Hermann Göring in Linz Stahlwerke aus dem Boden stampfen ließ, in erster Linie da war: direkt oder indirekt eben für den Krieg.

Eine chauvinistische Kriegsbegeisterung wie beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs gab es – übrigens im ganzen Reich – nirgendwo. Dennoch meldeten sich auch in Österreich viele indoktrinierte junge Menschen – denen in der Schule und der Hitlerjugend, in unzähligen Reden und Liedern eingebläut worden war, dass „Deutschland über alles in der Welt“ und „die Fahne



mehr als der Tod“ seien –, als Kriegsfreiwillige.

Der vom Nationalsozialismus in eine pseudoreligiöse Weltanschauung überhöhte Deutschnationalismus machte aus ihnen zugleich Täter und Opfer. Die „Goldfasane“ (hochrangige NS-Funktionäre) aber, unter ihnen überproportional viele Österreicher, konnten endlich ungehemmt als rassistische „Her-

renmenschen“ auftreten: gegen Juden, für deren Vernichtung sich der Wahn des Führers von der „Vorsehung“ auserwählt glaubte; gegen die slawischen „Untermenschen“, denen bestenfalls das Los von Kolonialsklaven zugedacht war.

Längst hatte sich der Anspruch auf Selbstbestimmung, dem die Westmächte in München noch den Schein von Recht abnahmen, mit dem Einmarsch in Prag als Vorwand entlarvt, hinter dem sich das Streben nach imperialistischer Herrschaft über Europa verbarg. Und für Polen, Ukrainer, Russen wurde „deutsch“ nur mehr ein anderes Wort für brutale Unterwerfung, Zerstörung und Massenmord.

Oder ein Wort, dessen man sich schämen musste. Im österreichischen Widerstand jedenfalls war es so weit. Die Katholiken, die schon im Herbst 1938 in die erste große Konfrontation mit dem Nazi-Regime geraten waren, wussten jetzt: Das war jedenfalls nicht die „Reichsidee“, wie sie sie verstanden hatten. Die Legitimisten – treu zu Otto Habsburg, der in den USA für das Wiedererstehen Öster-

reichs warb – waren von Anfang an gegen Hitler.

Die Kommunisten hatten ihre eigene Idee von der österreichischen Nation und sahen sich 1943 durch die Moskauer Deklaration der Alliierten über das Wiedererstehens Österreichs – als erstes Opfer Hitlers – bestätigt. Und als ein Emissär der deutschen Offiziere, die die Verschwörung gegen Hitler vorbereiteten, den Sozialdemokraten Adolf Schärf auf weitere Gemeinsamkeit „danach“ ansprach, sagte dieser: „Der Anschluss ist tot. Die Liebe zum Deutschen Reich ist den Österreichern ausgetrieben worden.“

Nazi-Nostalgie

Schärf mag damals, 1944, schon für viele, aber nicht für alle Österreicher gesprochen haben. Und wenn es heute das Deutsche Reich nicht mehr gibt, die Bundesrepublik kein Land österreichischer Sehnsüchte ist – auch als Nostalgie ist Deutschnationalismus unerträglich, denn er wird, wie sich weist, unweigerlich zur Nazi-Nostalgie.

Lesen Sie am Montag: Das Werben um die „Ehemaligen“

Werben um die „Ehemaligen“

Über Nachkriegsösterreich, vom „Geist der Lagerstraße“ und der politischen Ausschaltung alter Nazis bis zum neuerlichen Werben um ihre Stimmen schreibt Manfred Scheuch in der heutigen Folge seiner Zeitgeschichteserie.

Die Wiedererrichtung der unabhängigen Republik Österreich im Jahre 1945 entsprach zweifellos dem Willen der Mehrheit der Österreicher. Ganz anders als 1918 hatten sie gelernt, dass die Vereinigung mit Deutschland in keiner Weise dem entsprochen hatte, was deutschnationale Dichter dereinst erflucht hatten: „... nimm dein Kind vom Donaustrande an dein Herz, Germania.“

Zumindest alle, die sich nicht in der Nazi-Partei engagiert hatten, waren froh, dass die Diktatur vernichtet war, wenn auch unter für die Bevölkerung oft höchst bitteren Begleiterscheinungen. Und jedenfalls durften die Österreicher, deren Republik noch vor Kriegsende wiedererstand, hoffen, dass sie seitens der Sieger eine bessere Behandlung als die Deutschen erfahren würden.

Nicht zu übersehen ist, dass die aus dem Widerstand kommenden neuen Eliten vom „Geist der Lagerstraße“ beseelt waren, hatten doch in den Konzentrationslagern und Gefängnissen die einstigen Bürgerkriegsfeinde zu dem Willen gefunden, es ein neues Mal besser zu machen als in der Ersten Republik. Und bei den ersten Wahlen, noch 1945, kam dies ebenso zum Ausdruck wie mit der Abfuhr für die Kommunistische Partei der überdeutliche Wille, sich nicht neuerlich einem totalitären System anzuliefern.

„Entnazifizierung“

Das neue Österreich stand aber auch vor der Aufgabe, den alliierten Auftrag zur Entnazifizierung durchzuführen – ein Problem, dessen Lösung ja auch ohne diesen Auftrag eine Lebensfrage für den Neubeginn war. Grundlage bildete das bereits am

8. Mai 1945 beschlossene Verbotsgesetz, das die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und ihre Gliederungen formell auflöste und jede Wiederbetätigung in deren Sinn unter schwere Strafen stellte.

Alle ehemaligen Mitglieder der Partei und ihrer Kampfverbände – rund 523.000 – mussten sich registrieren lassen. Schwer belasteten Nazis und den „Illegalen“ der Zeit von 1933



bis 1938 wurden Sühnefolgen wie Arbeits- und Geldleistungen auferlegt. Rund 150.000 Beamte, die der NSDAP angehört hatten, wurden entlassen.

Der einsetzende Kalte Krieg zwischen dem sowjetischen Machtblock und den USA, begleitet von der Angst, Ostösterreich könnte ins Vorfeld der Volksdemokratien eingegliedert werden, und überhaupt die Überzeugung, dass ein so hoher Prozentsatz – mit den erwachsenen Angehörigen fast ein Viertel des Wahlvolks – nicht dauernd im politischen Abseits gehalten werden konnte, führte dazu, dass im April 1948 mit einem Amnestiegesetz die Sanktionen gegen 482.000 Registrierte aufgehoben wurden.

Sie erhielten also auch das Wahlrecht zurück. Das hatte ein heftiges Werben der Parteien um die Stimmen der Exnazis zur Folge. Die ÖVP, die bereits eine eigene Nebenorganisation als Auf-

fanglager für „Ehemalige“ und Heimkehrer aufbaute, schien dabei die besseren Chancen zu haben. Deshalb glaubte man in der SPÖ, dem Zustrom zum bürgerlichen Lager durch die Zulassung einer vierten Partei, für die sich bereits Proponenten meldeten, vorbeugen zu können.

Gründung des VdU

Mit Zustimmung der Alliierten und mit tatkräftiger Unterstützung des sozialdemokratischen Innenministers Oskar Helmer wurde 1949 der „Verband der Unabhängigen“ (VdU) aus der Taufe gehoben. Neben bürgerlich-liberal Gesinnten (wie dem VdU-Gründer Herbert Kraus) und alt gewordenen Deutschnationalen (wie dem „Landbund“-Obmann und Exvizekanzler Karl Hartleb) sammelten sich in ihm viele ehemalige Nationalsozialisten; allerdings fanden andere auch in die Parteien, die die Republik gegründet hatten.

Und während die ÖVP in den ihr nahe stehenden CV-Verbindungen über ein sicheres Nachwuchspotenzial verfügte, suchte die SPÖ ein solches im Bund Sozialistischer Akademiker aufzubauen, wobei die Aufnahme ehemaliger Nazis ziemlich unkritisch erfolgte. Aber auch ganz allgemein trugen die Angst vor der Sowjetunion, die Aussperrung der Nachbarländer hinter Stalins Eisernem Vorhang dazu bei, dass über die eben zurückliegende Vergangenheit nicht mehr allzu viele Worte verloren wurden.

Dennoch – die Nationalratswahl enttäuschte die Hoffnungen der beiden Großparteien: Die ÖVP sank von 85 auf 76 Mandate, der SPÖ verhalf das aber nicht zur Mehrheit, sie fiel ebenfalls von 77 auf 65 Abgeordnetensitze; der VdU zog auf Anhieb mit 16 Mandaten als Oppositionspartei ins Parlament ein.

Lesen Sie morgen: Das „Vaterland“, wie es die Burschenschafter sehen.

Burschenschafter-„Vaterland“

*Über den bis heute andauernden
Deutschnationalismus der schlagenden
Studentenverbindungen schreibt Manfred
Scheuch in der heutigen Folge seiner Serie
zur Geschichte dieser Ideologie.*

Von der Polizei im Namen der Versammlungsfreiheit durch Absperrungen in der Innenstadt geschützt, zogen heuer am 8. Mai Burschenschafter „in voller Wuchs“, farbentragende Studenten und „alte Herren“ der so genannten schlagenden Verbindungen sowie andere akademische Sympathisanten mit Fackeln vom Josefsplatz zum Schweizerhof, um dort am Jahrestag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945 in einer Trauerfeier der Toten des Zweiten Weltkriegs zu gedenken.

Einer der Redner zu diesem Anlass war der Volksanwalt Ewald Stadler, der dort aufforderte, „gegen die Tabus der durch nichts und niemanden legitimierten Moral der Political Correctness“ anzutreten und „Mut zu einem enttabuisierten Umgang mit unserer Geschichte, wie dies Horst Mahler in Deutschland getan hat“, aufrief. (Mahler, verurteilter RAF-Terrorist, von links- zu rechtsextrem gewandelt, verbreitet in Deutschland neonazistische Hetzschriften.)

Bei einer Sonnwendfeier wenige Wochen später rüttelte derselbe Stadler bekanntlich mit seiner provokativen Gleichstellung der Unfreiheit unter Adolf Hitler und der alliierten Besatzung 1945 am Grundkonsens der Zweiten Republik.

Die schlagenden Verbindungen sind eine Kaderschmiede der FPÖ; viele freiheitliche Politiker kommen aus ihren Reihen. Ideologisch haben sie sich ihren seit den Freiheitskriegen gegen Napoleon gepflegten Deutschnationalismus voll erhalten, welchem

Wechsel sie sonst auch immer unterworfen waren. Die erste Korporation wurde 1814 in Jena gegründet.

In Österreich von Metternich verboten, waren die Burschenschafter 1848 auch in Wien eine Speerspitze der bürgerlich-nationalen Revolution. Gegen das Ende des Jahrhunderts hatte auch sie der Antisemitismus voll erfasst. Als Auffangbecken der verbotenen Nazipartei wurden auch Burschenschaften 1933/34 vom Dollfuß-Regime verboten. 1938 gingen sie mit fliegenden Fahnen im totalitären Deutschen Studentenbund auf. 1945 blieben sie vorerst ver-



boten, im Zeichen der Vereinsfreiheit aber wurden sie wiedergegründet.

Im Unterschied zu den katholischen CV-Studentenverbindungen bezeichnen sie sich als „schlagende“, weil dem Vollmitglied die Mensur, ein Säbelzweikampf, abverlangt wird, bei dem Blut fließen muss, wofür dann die „Schmisse“ im Gesicht lebenslang Zeugnis ablegen. Die Mensur soll die Bereitschaft ausdrücken, im Ernstfall das Blut für das Vaterland zu opfern.

Was dieses „Vaterland“ ist, hat Haiders zeitweiliger ideologischer Berater Andreas Mölzer, Mitglied der „Vandalia Graz“, 1990 so präzisiert: „Der Korporationsstudent in Österreich ist sui generis – als Angehöriger

einer deutschen Korporation – bereits eine lebende Anlage gegen die große Lebenslüge der Zweiten Österreichischen Republik. Den allzu opportunistischen Ausstieg aus der deutschen Geschichte und der deutschen Verantwortung, den die ‚österreichische Nation‘ nach 1945 vollziehen wollte, und die damit verbundene Lebenslüge stellt eben jener infrage, der sich weiter als Deutscher bekennt.“

Dass diese großdeutschen Bekenntnisse immer wieder mit Nazinostalgie zusammenfließen, lässt sich vielfach bekunden. Etwa wenn eine Wiener Burschenschaft noch 1971 den „Anschluss“ als Verwirklichung des „Traumes der Deutschen vom großen Reiche aller Deutschen“ bezeichnet, wenn die Grazer „Arminia“ noch immer das Andenken ihres Bundesbruders, des als Haupttäter im Nürnberger

Kriegsverbrecherprozess verurteilten und hingerichteten Ernst Kaltenbrunner, hochhält oder wenn Burschenschafter im Kreis um den späteren NDP-Gründer Norbert Burger in die zweite, nicht mehr autochthone und nur gegen Sachen gerichtete, sondern blutige Terrorwelle in Südtirol verwickelt waren. Auch der erste politische Tote der Zweiten Republik bei den Demonstrationen gegen den antisemitischen Professor Taras Borodajkewycz war Opfer eines gewalttätigen Korporationsstudenten.

Wie die Burschenschafter in ihrer Mehrzahl das sie verbindende Motto „Ehre, Freiheit, Vaterland“ weiterhin verstehen, lässt sich an dem bei ihren Festveranstaltungen gesungenen „Bundeslied“ ermesen, das mit den Worten anhebt: „Vaterland, du Land der Ehre, stolze Braut mit freier Stirn, deinen Fuß benetzen Meere, deinen Scheitel krönt der Firm . . .“

Lesen Sie morgen: Kärntens unzeitgemäße „Uranst“.

Kärntens unzeitgemäße „Urangst“

Warum sich so viele nicht slowenische Kärntner seit der Monarchie in Abgrenzung zur Minderheit bis heute als deutsch(-national) definieren, beschreibt Manfred Scheuch in der heutigen Folge seiner Zeitgeschichteserie.

Heuer ist es dreißig Jahre her, dass in einer Oktobernacht des Jahres 1972 die damals aufgestellten, schon im Staatsvertrag von 1955 (!) festgelegten zweisprachigen topografischen Aufschriften in Südkärnten im so genannten „Ortstafelsturm“ zerstört wurden. Und seit einigen Monaten bilden die Ortstafeln wieder Konfliktstoff. Denn der Verfassungsgerichtshof hat das seitens der Regierung Kreisky dann erfolgte Zugeständnis, in nur noch 91 (statt der ursprünglich vorgesehenen 205) Siedlungen mit mindestens 25 Prozent Slowenischsprachigen solche Tafeln aufzustellen, für unzureichend befunden und zehn Prozent als Maßstab verlangt.

Die Slowenenvertreter verlangten daraufhin Tafeln in 294 Orten, der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider wies das zunächst abrupt zurück, aber auch die zwei anderen im Landtag vertretenen Parteien, offensichtlich des „Kärntner Klimas“ bewusst, waren für Verhandlungen. Dabei dürfte nach dem letzten Stand der Dinge wieder ein Kompromiss herauskommen.

„Kärnten ist anders“, könnte man einen auf Wien

gemünzten Slogan abwandeln. Das hat nicht unmittelbar mit der Nazizeit zu tun. Wenn man die Karte der Wahlergebnisse der zweiten und letzten allgemeinen Wahlen in der Monarchie (1911) betrachtet, fällt auf: Sämtliche ländliche Wahlkreise zeigen eine christlich-soziale Mehrheit, Wien und einige Industriestädte sind mehrheitlich sozialdemokratisch. Nur Kärnten bildet eine Ausnahme: Alle Wahlkreise (mit Ausnahme des roten Villach) schickten Abgeordnete der Deutschen Volkspartei ins Parlament, der Südkärntner Wahlkreis slowenische Klerikale.

Der in den letzten Jahrzehnten der Monarchie heftig geführte Nationalitätenkampf hatte also auch Kärnten nicht verschont. Als bei deren Zusammenbruch slowenische Truppen Südkärnten besetzten, wurden sie in einem – danach geradezu mythisch erhöhten – Abwehrkampf zurückgeschlagen; das wieder hatte den Einmarsch der serbischen Armee und schließlich 1920 die Volksabstimmung zur Folge, bei der sich 59 Prozent der Südkärntner (unter ihnen schätzungsweise auch 10.000 der Slowenen) für Österreich entschieden.

Den Kärntner Slowenen wurde das schlecht gedankt: Eine Autonomie für sie lehnte die Republik ab, ihre Zahl reduzierte sich von 66.000 (1910) auf 27.000 (1934), wobei der Assimilationsdruck vor allem soziale und wirtschaftliche Gründe hatte.

Jene, die weiterhin permanent die Gefahr einer Teilung, einer Slowenisierung Kärntens an die Wand malten, waren extreme Deutsch-nationale, die sich berufen fühlten, die „Südmark“ des Deutschtums zu verteidigen. Die antislawische Haltung,



von der auch die Arbeiterbewegung nicht verschont blieb, war ungebrochen und erhielt auch eine – in anderen ländlichen Gebieten Österreichs so nicht gekannte – antiklerikale Note, weil die Kirche als Hüterin des Slowenentums gesehen wurde.

Die Kärntner „Urangst“ (eine solche stünde eher den Slowenen zu, insbesondere nach den Verfolgungen unter der Hitlerherrschaft) bekam neue Nahrung, als Jugoslawien nach 1945 erneut Ansprüche auf Südkärnten stellte. Im Staatsvertrag musste sich Belgrad mit den Schutzbestimmungen des

Staatsvertrags bescheiden. Die große Organisation des „Kärntner Heimatdienstes“, der sich als „Dachverband aller heimattreuen Kärntner“, dem zahlreiche Vereine angehören, betrachtet, hält die Traditionen des Abwehrkampfes und der Volksabstimmung hoch, denen sich keine Partei verschließen kann.

Die „völkische“ deutsch-nationale Orientierung wurde weitgehend verinnerlicht, konnte doch der Gegensatz zu den slowenischen Kärntnern nur als „deutsch“ definiert werden, weil ja keiner der beiden Sprachgruppen das Österreichersein abgesprochen werden kann. Dem konnten sich auch die lange vorherrschenden Sozialdemokraten nicht entziehen, wie der vergebliche Versuch des Landeshauptmanns Hans Sima, der 1974 über die Ortstafeln stürzte, zeigte.

Dass es schließlich Jörg Haider – mit einer selbst verschuldeten Unterbrechung – zweimal an die Landesspitze schaffte, war nicht zuletzt eine Konsequenz aus diesem ungelösten Kärntner Seelenzustand. Vielleicht wird erst die EU-Integration des kleinen, von jugoslawischem Machtanspruch geheilten Slowenien auch die angesichts von nur noch 13.000 Sprachslowenen ohnehin völlig anachronistisch gewordenen deutschnationalen Quellen der Urangst versiegen lassen.

Morgen: „Österreich zuerst“ – deutschnational neu?

„Österreich zuerst“ – Deutschnational neu?

Über den Wandel im „nationalen Lager“ vom Verband der Unabhängigen bis zur zuletzt Österreich-patriotisch gewordenen FPÖ mit deutschnationalen Rückfällen schreibt **Manfred Scheuch im heutigen Serienteil.**

Der 1949 gegründete Verband der unabhängigen (VdU) sah sich als Interessenvertretung ehemaliger Nationalsozialisten, Heimkehrer, Heimatvertriebener und politisch Unzufriedener; in letzterer Rolle zeigte er sich 1950, als er zusammen mit der KPÖ den Oktoberstreik auslöste.

Die VdU-Führung war eine gemischte Gesellschaft, doch stand dem Parteigründer Herbert Kraus eine Mehrheit „Ehemaliger“ und Deutschnationaler gegenüber, die mit dem VdU die Traditionen des „Dritten Lagers“ im österreichischen Parteienspektrum wieder aufleben lassen wollten. Kraus musste, wie Jahrzehnte Jahre später Heide Schmidt, die Erfahrung machen, dass in Österreich für Liberalismus offenbar kein Platz ist. Nach internen Streitigkeiten erfolgte 1956, mit der Umwandlung des VdU in die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) „die lange vorbereitete ‚Machtübernahme‘ durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und ehemaligen Naziführern“ (so Kraus).

Immerhin versuchte Friedrich Peter, der dem hohen ehemaligen NS-Funktionär Anton Reinthaller als FP-Obmann gefolgt war, trotz

seiner einstigen Zugehörigkeit zur Waffen-SS durch eine gemäßigte Haltung die schrumpfende Partei aus ihrer innenpolitischen Isolation zu lösen. Dies führte zur Abspaltung der rechtsextremen NDP Norbert Burgers, die aber bis zu ihrem Verbot (1988) mit FP-Funktionären in enger Verbindung blieb.

Wie der VdU, so hielt auch die FPÖ an einer deutschnationalen Ideologie fest. Sie machte aus ihrer Ablehnung einer „österreichischen Nation“ kein Hehl, obwohl sich zu dieser nach Stärkung des österreichischen Selbstbewusstseins durch Staatsvertrag, Neutralitätserklärung und Wirtschaftsaufschwung bereits eine Mehrheit der Bevölkerung bekannte.

„Volksgemeinschaft“

Das im Staatsvertrag festgelegte Anschlussverbot und das Verbot faschistischer und großdeutscher Propaganda versuchte die FPÖ noch im Programm von 1985 so zu umschiffen: „Die bei weitem überwiegende Mehrheit der Österreicher gehört der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft an. Diese Tatsache bleibt bestehen, obwohl sie als Folge eines verhängnisvollen Kapitels deutscher Geschichte in

Österreich vielfach verdrängt wird.“

Bruno Kreisky bot dem FP-Obmann Peter für die Duldung einer SPÖ-Minderheitsregierung 1970 ein minderheitsfreundlicheres Wahlrecht; nach schwedischem Vorbild wollte er eine lang dauernde sozialdemokratische Führungsrolle durch die Option zwischen zwei bürgerlichen Parteien sichern. Die SPÖ-Absolute 1971 verhinderte FP-Hoff-

sche?“ gewonnen. Noch 1988 nannte er die österreichische Nation in einem ORF-Interview „eine ideologische Missgeburt“.

Die Erkenntnis, dass Deutschnationalismus in Österreich längst nicht mehr mehrheitsfähig war, veranlasste ihn jedoch zu einem Kurswechsel: Mit dem national-populistischen „Österreich zuerst“ wurde die Ausländerfeindlichkeit zum zugkräftigen Hauptkampfmittel gegen die große Koalition. Traditionelle Deutschtümpler, die Haider mit auf den Schild gehoben hatten, wurden aus der Partei hinausgeekelt.

Weniger zurückhaltend blieb der FP-Chef allerdings bei NS-Sympathiebezeugungen wie der „ordentlichen Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches“ oder der Einreihung Churchills in die Monstergalerie Hitler/Stalin. Dass dennoch der alte Deutschnationalismus nicht aus den Köpfen so mancher FP-Funktionäre verschwunden ist und die Verbindung zum Nazismus dann nicht weit ist, zeigen die Äußerungen der jüngsten Zeit, die im „einfachen Parteimitglied“ stets einen Verteidiger finden. Wie auch anders, sah doch der Kärntner Landeshauptmann (in seiner ersten, abrupt beendeten Funktionsperiode) 1990 „die deutsche Wiedervereinigung in der kleinen Version“ verwirklicht.

Morgen: Letzter Serienteil – Nation ohne Nationalismus



nungen auf einen Regierungseintritt, doch 1983 kam dies zum Tragen, als die damals freilich auf liberalem Kurs segelnde FP Norbert Stegers dem Kabinett Sinowatz als Partner in einer „kleinen Koalition“ die Parlamentsmehrheit absicherte.

Die FP-Funktionärsbasis und wohl auch viele FP-Wähler waren jedoch mit diesem „Linksruck“ ihrer Führung keineswegs einverstanden. So kam es 1986 auf dem Innsbrucker Parteitag zur Überrumpelung Stegers und zur Wahl Jörg Haiders. Dieser hatte schon als 16-jähriger Mittelschüler einen Redewettbewerb des Turnerbundes mit dem Referat „Sind wir Österreicher Deut-

Eine Nation ohne Nationalismus

Für die große Mehrheit der Österreicher ist die Überzeugung, einer eigenen Nation anzugehören, nach und nach selbstverständlich geworden, schreibt Manfred Scheuch zum Abschluss seiner Serie.

Analysen zweier politischer Denker, die in den Dreißigerjahren darlegten, dass dem österreichischen Staat nur eine österreichische Nation dauernden Bestand verleihen könne, blieben weithin unbekannt und ohne Chance. Der Katholik Ernst Karl Winter (1895–1959) wollte Österreich als „soziale Monarchie“ erneuert sehen; er suchte die Versöhnung mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und machte sich so bei der austrofaschistischen Führung unbeliebt.

Der Kommunist Alfred Klahr (1904–44) leitete – in der Illegalität – aus Thesen Stalins die Existenz eines von dem deutschen unterscheidbaren österreichischen Nationsbegriffs ab; im Hintergrund stand damals der Wunsch der Sowjets, mit „Volksfront“ Regierungen einen Cordon gegen Hitler-Deutschland aufzubauen.

1945, nach den Schrecken des Krieges und der Tyrannei, war zweifellos die Mehrheit der Menschen für das Wiedererstehen eines unabhängigen Österreich; die Meinung darüber, ob die Österreicher auch eine eigene Nation seien, waren geteilt.

Es gab sinnvolle Versuche, das Selbstbewusstsein der Österreicher durch Rückblicke auf die Geschichte – so 1946 die Ostarri-Feiern „950 Jahre Österreich“ – zu heben, und auch lächerliche wie die Anordnung des VP-Ministers Felix Hurdes, in den Schulzeugnissen das „Deutsch“ durch „Unterrichtssprache“ zu ersetzen.

Gestärkte Identität

Noch bei Abschluss des Staatsvertrags waren erst wenig über 40 Prozent vom Nationsstatus der Österreicher überzeugt. Der Abzug der Besatzungstruppen und die Neutralitätserklärung stärkten das Bewusstsein einer von den Deutschen unabhängigen österreichischen Identität. Durch Bruno

Kreisky, der dem kleinen Land Weltgeltung verschaffte, wuchs dieses Selbstbewusstsein. Zur Frage der Nation hatte er, dem pathetischer, rückwärts gewandter Patriotismus fern lag, einen ebenso volksverbundenen wie pragmatischen Zugang; mit einer Nationalbank, einer Nationalmannschaft, als Mitglied der Vereinten Nationen – wie sollte Österreich da keine Nation sein?

So verdrängte die westliche Definition des Staates als Nation immer mehr die völkische. Wobei anzumerken ist, dass auch jene Nationsdefinition ihre Tücken hat, weil sie oft aus Nationalismus geboren ist: Sie hindert Frankreich daran, den Euro-

zwar unumgänglich, hat aber die Selbstdefinition der Südtiroler und die seitens des italienischen Staates nicht geändert. Und gegenüber unserer slowenischen Minderheit wäre die Bezeichnung der Mehrheit als „österreichisch“ falsch und diskriminierend.

Dennoch sollten sowohl die Existenz eines Staates Deutschland als auch die Last der Geschichte Österreichern nicht erlauben, sich als Deutsche zu bezeichnen. Dies ist nämlich nicht nur missverständlich, sondern könnte auch – hüben und drüben – überwunden geglaubte Ansprüche wecken. Schließlich nennen sich ja auch Amerikaner oder Kanadier mit der Muttersprache Englisch nicht Engländer, obwohl die atlantische Distanz dies leichter machte als der geschlossene Sprachraum, in dem noch dazu an den Grenzen hüben und drüben die gleichen Dialekte gesprochen werden.

Die Überwindung des Deutschnationalismus ist eine Überwindung der Definition der Nation aus der Sprache, ist aber auch ungleich mehr: Denn der Deutschnationalismus wurde durch den Nationalsozialismus ein für allemal diskreditiert.

Österreich hat nach 1945 gezeigt, dass man – entgegen einer verbreiteten Meinung – aus der Geschichte sehr wohl lernen kann. Nation ohne Nationalismus zu sein könnte beispielhaft werden für das Zusammenleben in einem Europa, in dem Sprachgrenzen keine Trennlinien sind und Staatsgrenzen mit der Zeit überhaupt obsolet werden. **Ende der Serie**

